

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 5

Artikel: Europa aus der Sicht der britischen Labour Party : New Deal für Europa
Autor: Kinnock, Neil
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340132>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Atlanta. «Es besteht kein Zweifel», sagte er, «dass Präsident Reagan der organisierende Faktor war, der diese Koalition zusammengebracht hat.»

Der Beitrag des Präsidenten für die Sache seiner alten Freunde und für die Korrektur ihrer Fehler ist schon sehr beachtlich. Den amerikanischen Liberalen stellt sich jetzt ganz offensichtlich die Frage, ob sie Präsident Reagan nicht vereint für eine weitere Amtszeit wählen sollten, da sie ja jetzt herausgefunden haben, dass er, was den schwerer zugänglichen Teil seiner Persönlichkeit anbelangt, ja alle diese Jahre auf ihrer Seite gewesen ist. Sollten sie als Liberale in Erkenntnis ihrer Dankeschuld gegenüber einem erklärten Konservativen, der es so gut versteht, Liberale zu motivieren, konservativ wählen, um die Sache der Liberalen zu fördern?

Hier schwanke ich. Die Kosten für die Erziehung, die Reagan

uns angedeihen liess, in bezug auf Leiden und soziale Spaltung, sind zu hoch. Der Gesellschaftsvertrag, der den meisten Amerikanern eine faire Überlebenschance in diesem System gab, wird nur sehr schwer wieder herzustellen sein. Dazu kommt die Schwächung der Moral der öffentlichen Behörden, die so einsatzfreudig Verantwortung trugen für die Sicherung der Arbeitsplätze, das öffentliche Eigentum, die Umwelt, Bildung, und vielfältige Hilfe für die Armen. Ferner, und das vor allem, ist es dringend notwendig, dass wir uns vom Abgrund des Nuklearkrieges entfernen und dass wir die Intervention in Mittelamerika und Unternehmen wie die Landung auf Grenada beenden.

Es wäre am besten, wenn die Reagan-Kur gegen liberale Lethargie und Selbstzufriedenheit nicht noch auf weitere vier Jahre ausgedehnt würde.

Europa aus der Sicht der britischen Labour Party

New Deal für Europa

Von Neil Kinnock, britischer Labour-Führer

Grossbritanniens Zukunft liegt, wie unsere Vergangenheit und unsere Gegenwart, in Europa. Innerhalb der EWG liegt sie für uns als Sozialisten jedoch weiterhin nur, wenn der Gemeinsame Markt so umgestaltet werden kann, dass er unserer umfassenderen Vision der Zukunft Europas entspricht. Wir wollen einen *Square Deal** mit dem Gemeinsamen Markt und einen *New Deal*** für Europa. Wir wollen ein grösseres, stärkeres und grosszügigeres Europa für die Europäer — nicht für die Vereinigten Staaten oder für die Sowjets, nicht für multinatio-

nale Mächte, das Finanzkapital oder die Agrarwirtschaft.

Alle Parteien der europäischen Linken und sozialistische Regierungen in ganz (West-)Europa sind sich einig in dem Prinzip der gemeinsamen wirtschaftlichen Wiederbelebung. In allen westeuropäischen Ländern übernehmen die Sozialisten die Führung in den Friedensbewegungen, die für eine nuklearwaffenfreie europäische Sicherheitszone kämpfen. Dies sind die beiden kritischsten Themen für die Europäer heute, aber beide stehen nicht auf der Tagesordnung des Gemein-

samen Marktes. Gleiches gilt für die grundlegenden Reformen der EWG, auf die sich die Labour Party auf ihrem Parteitag 1983 verständigt hat und die Andreas Papandreou, der sozialistische Premier Griechenlands, und andere mit ihm fordern. Gerade weil die Tagesordnung der EWG die falsche Tagesordnung für Europa ist, müssen wir, gemeinsam mit unseren sozialistischen Genossen in den anderen Mitgliedsländern, an den Europa-Wahlen im Juni teilnehmen. Nur wenn wir dies tun, können wir unserer Aufgabe, der Neugestaltung der Zukunft Europas, gerecht werden.

Ein europäisches Bretton Woods

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist nicht *europäisch*: sie umfasst nur einige westeuropäische Länder und schliesst osteuropäische Länder nicht nur von der Mitgliedschaft aus, sondern auch von dem politischen Dialog, der geführt werden muss, wenn wir eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und militärische Entspannung erreichen wollen. Sie ist nicht *wirtschaftlich*: sie ist ein Nahrungsmittelpreisfestsetzungssystem mit einem gemeinsamen Aussentarif. Sie ist keine *Gemeinschaft*: sie ist tief gespalten und ihrer Verfassung nach in einer fortgesetzten inneren Krise. Wo die Europäer zusammenarbeiten sollten, versucht die «Gemeinschaft» zu integrieren, indem die grossen politischen Erfordernisse auf den kleinsten gemeinsamen Nenner des Kompromisses reduziert werden.

Kein Fortschritt wurde in der gemeinsamen Wirtschaftspolitik erzielt, um die seit zehn Jahren andauernde Wirtschaftskrise zu bekämpfen und den

Reichtum zu schaffen, der Europa in den Stand setzen würde, seinen eigenen Beitrag zur Überwindung des Hungers und der Furcht im Rest der Welt zu leisten. Die EWG verplempert ihre Zeit mit Agrarsubventionen, während die Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsländern immer näher an die 20-Millionen-Grenze kommt.

Im Januar 1983 hat der französische Präsident Mitterrand eine umfassende Reform der internationalen Währungsinstitutionen und des IWF vorgeschlagen, um eine Strategie für die Erneuerung, Regeneration und Wiederbelebung auf den Weg zu bringen. Seine Vorstellungen wurden auf dem Gipfel von Williamsburg durch Mrs. Thatcher, Kanzler Kohl und Präsident Reagan blockiert, und deren ablehnende Haltung hat es für alle übrigen europäischen Länder schwierig gemacht, eine Politik der Expansion und der wirtschaftlichen Wiederbelebung zu verfolgen.

Europa muss mit seiner eigenen Stimme sprechen und mit seinen eigenen Ressourcen handeln, wenn die Vereinigten Staaten sich nicht einem globalen Wiederbelebungsprogramm anschließen. Wir brauchen ein europäisches «Bretton Woods» nach Art jener Kriegskonferenz, auf welcher John Maynard Keynes den Durchbruch für sein Anliegen, die weltweite Kooperation zur wirtschaftlichen Wiederbelebung, erzielte. Falls die Vereinigten Staaten sich einem solchen Programm für eine genuin neue internationale Wirtschaftsordnung nicht anschließen, könnte und sollte Europa nach seinen eigenen Vorschlägen und seinem eigenen Programm fortschreiten. Westeuropa erzeugt etwa zwei Drittel der Industrieexporte der Welt und deckt ungefähr die Hälfte des Handels der Welt ab. Die Gemeinschaft jedoch ist durch ihren selbstverordneten

Monetarismus lendenlahm geworden.

Ein neues europäisches Bretton Woods sollte Initiativen ergreifen, das multinationale Finanzkapital nutzbar zu machen. Es sollte die Voraussetzungen für eine moderne Vollbeschäftigungspolitik in Europa und für positive Politik zugunsten des Rests der Welt zu erreichen trachten.

Wir wissen um den Butterberg und die Weinseen der EWG. Wir wissen, dass jeder zehnte Arbeiter in der Gemeinschaft keine Arbeit hat. Das liegt daran, dass die Regierungen nicht den Geldberg nutzen, der gegenwärtig ungenutzt in Vermögen oder an der Börse umherliegt oder in kräftigeren Volkswirtschaften wie der der Vereinigten Staaten investiert ist. Aufgrund der aus der Rezession resultierenden Arbeitslosigkeit haben die Regierungen in der EWG Steuereinnahmen verloren und müssen Sozialleistungen erbringen, die sich *jährlich* auf rund 200 Milliarden DM belaufen. Ein solcher tiefer Einbruch ist ungeheuer kostenträchtig; und dieses Geld könnte zweifellos kreativer eingesetzt werden, wenn es statt auf die anhaltende Depression auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Menschen und die Mobilisierung weiterer produktiver Ressourcen verwandt würde. Die meisten europäischen Länder haben den entgegengesetzten Kurs eingeschlagen und sind Agenten der Stagnation geworden.

Indem wir eine neue Initiative ergreifen, um solche Aktivposten arbeiten zu lassen, können wir in moderne Technologien, verbesserte Berufsausbildung, industrielle und soziale Infrastruktur und in die Gemeinschaftsdienste investieren. Das würde die europäischen Volkswirtschaften aus dem Prozess ihres Niedergangs und Verfalls herausführen, weil insbesondere

Neil Kinnock, geb. 1942, trat der Labour Party mit fünfzehn Jahren bei. Seit 1969 gehört er dem britischen Unterhaus und seit 1978 dem Vorstand der Labour Party an. Im vergangenen Jahr wurde er als Nachfolger von Michael Foot zum Parteiführer gewählt.

re das Wachstum, das durch solche Politik in allen unseren Ländern eintreten würde, die Krisenkosten reduzieren, unsere eigenen Volkswirtschaften (und die der USA) stimulieren und sich im Anstieg der Nachfrage und der Einkommen für die Länder der Dritten Welt niederschlagen würde.

In gewisser Hinsicht gibt es bereits innerhalb der gegenwärtigen EWG-Strukturen dafür Instrumente, aber ihre Wirkung ist der Aufgabe nicht angemessen. Während die gemeinsame Agrarpolitik rund DM 40 Milliarden im Jahr kostet, beläuft sich die Kreditaufnahme bei der Europäischen Investment-Bank nur auf rd. DM 7 Milliarden. Während wiederum der Sozialfonds, der Regionalfonds und die Mittel für industrielle Forschung sich jeweils auf weniger als DM 4 Milliarden belaufen. Die Ausweitung der Kreditaufnahme und -vergabe der Europäischen Investment-Bank sowie die Veränderungen der Ausgabenstruktur der EWG würden eine bedeutende Erleichterung für die Finanzierung des Wachstums, das jede der europäischen Volkswirtschaften braucht, bedeuten.

Die Demokratie weiterentwickeln

Wir brauchen eine gemeinsame Politik für die Wirtschaftsdemokratie und für die Kontrolle multinationaler Unternehmen, damit die wirtschaftliche

Macht, die sie repräsentieren, in konstruktiver Weise dazu benutzt werden kann, zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Regeneration unserer Länder beizutragen.

Die machtpolitischen Implikationen von kommerziellem Besitz, kommerzieller Entwicklung, kommerzieller Bewegung und kommerzieller Praxis sind nicht neu. Neu ist nur das Ausmass ihrer internationalen Zusammenballung und die dadurch erforderlich werdende Anpassung der Taktik an sie. Auf allen Ebenen des Kapitalismus, auf lokaler, regionaler und staatlicher Ebene, ist eine neue Macht des Kommerzes entstanden. Und letzten Endes kollidiert die Ausdehnung und Ausübung dieser Macht mit den Interessen der Gemeinschaft.

Die Demokratie musste stets neue Regeln für das Geschäftsgebaren und die Ausübung wirtschaftlicher Macht aufstellen. Wir haben nie Regeln aufgestellt, die so effektiv waren, wie sie es hätten sein müssen. Wir haben die Ausdehnung des öffentlichen Eigentums nicht so intelligent genutzt, wie wir es hätten tun sollen, um die legislativen Veränderungen der Regeln, welche die kommerzielle Macht der demokratischen Autorität unterwerfen, zu vervollständigen. Dies sind Herausforderungen an uns alle, die in allen demokratischen Ländern bestehen bleiben.

Und nun gibt es eine weitere Herausforderung: Im Zeitalter des multinationalen Kapitalismus muss auch die Demokratie multinational sein. Das würde durch die «Vredeling-Richtlinien» zur Information und Partizipation der Arbeitnehmer nicht voll erreicht werden. Und das wenige, was von diesen Richtlinien nach den Änderungsanträgen der antisozialistischen Gruppierungen im Europäischen Parlament noch übrig geblieben ist, wird dies

kaum weiter voranbringen können. Aber es bleibt wichtig zu versuchen, jede progressive Veränderung, die erreicht werden kann, durchzusetzen, und eine gemeinsame Politik gleichgesinnter linker Regierungen in Europa zur Kontrolle des multinationalen Kapitals zu stützen.

Planung des Handels

Gemeinsam müssen wir auch die Planung des Handels entwickeln. Wir müssen das Recht eines Landes, das eine Vollbeschäftigungspolitik befolgt, anerkennen, sich selbst gegen die Auswirkungen der Politik anderer Länder zu schützen, die dies nicht tun. Der Zweck von Handelsplanung ist es sicherzustellen, dass jedes Land, das durch die Stimulierung von Nachfrage etwas für sein eigenes Volk tut, gleichzeitig etwas für seine Partner tut. Und natürlich beinhaltet die gemeinsame Planung unseres Handels auch gemeinsame Planung in Richtung auf wirtschaftliche Expansion und den Anschluss an neue technologische Entwicklungen.

Die Regeneration unserer Volkswirtschaften kann nicht der sogenannten sozialen Marktwirtschaft entspringen, wie sie jetzt von den Sozialen Demokraten propagiert wird. Ein System, das von hohen Zinssätzen beherrscht wird, von öffentlichen Ausgabenkürzungen reglementiert wird und in dem die Aufrechterhaltung der Disziplin von der Massenarbeitslosigkeit abhängt, ein solches System ist schlechterdings unfähig, eine Handelsexpansion zu bewerkstelligen. Die Erholung von der internationalen Rezession wird aus dem koordinierten und planvollen Vorgehen der Volkswirtschaften innerhalb und ausserhalb der EWG kommen. Die sozialistischen Parteien dieses Kontinents haben bereits bewiesen,

dass sie die Mittel zur Durchführung einer solchen Wachstumspolitik anbieten können.

Kampf gegen die Armut in der Dritten Welt

Ein weiteres zentrales Gebiet für gemeinsame Aktivitäten der europäischen Sozialisten ist der Kampf gegen die Armut der Mehrheit der Völker der Welt. Wie die Willy Brandt-Reporte hinlänglich klargemacht haben und wie jeder, der die Hungerskelette gesehen hat, weiss, haben wir in Europa eine direkte moralische Verpflichtung und ein praktisches Interesse an der Veränderung unserer Beziehungen zum Rest der Welt.

Der Lebensunterhalt von mindestens einer Million Menschen in Grossbritannien und von Millionen anderswo hängt von Exporten in die Länder der Dritten Welt ab. Aber der Niedergang des Handels mit ihnen — 2,5% im letzten Jahr allein für Grossbritannien — trägt in bedeutender Weise zur Rezession bei. Die Hauptursache des Niedergangs ist die Armut der Länder der Dritten Welt. Diese Armut wird durch unsere europäische Handels- und Agrarpolitik nur noch gesteigert und verwandelt sich in eine Katastrophe durch die Tatsache, dass die Länder der Dritten Welt ihre durch höhere Warenpreise oder grössere Verkäufe erwirtschafteten Einkünfte dazu benutzen müssen, ihre Schulden bei den westlichen Finanziers abzuführen, anstatt Waren von westlichen Herstellern zu kaufen.

Unser Ziel sollte sein, dass jede nationale Regierung die von den Vereinten Nationen geforderten 0,7% des Brutto-Sozialprodukts für die Entwicklungshilfe erreicht — ein Anteil, den Holland und Skandinavien bereits ausgeben. Handelsinteressen und Humanität fliessen zusammen, um die Notwendigkeit

für diese gestiegene Verpflichtung zu illustrieren. Innerhalb der EG müssen wir das Abkommen von Lomé verbessern, über das in diesem Jahr diskutiert werden wird, um einen globalen Rahmen zu schaffen, der die alten kolonialen Bindungen Europas überwindet und sich auf die ärmsten Länder und Regionen konzentriert.

Vor allem aber müssen wir als Sozialisten uns in koordinierter Weise in die internationalen Gipfelkonferenzen und -treffen der UN-Welthandelskonferenz (UNCTAD) einmischen, um Strategien für eine weltweite ökonomische Wiederbelebung voranzubringen. Da die Schuldenlast der Dritten Welt 660 Milliarden Dollars erreicht hat, muss sozialistische Politik die deflationären Heilmittel des Monetarismus zurückweisen, die nur ein Loch mit dem anderen stopfen, indem sie die Dritte Welt in Armut halten und die entwickelten Länder ihrer Kunden berauben, so wie sie die Menschen in unterentwickelten Ländern ihres Lebens berauben.

Eine neue Messina-Konferenz

Kann eine solche internationale Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen des gegenwärtigen Gemeinsamen Marktes erreicht werden? Eines Gemeinsamen Marktes, der seine globale Rolle durch Lomé beschränkt? Der im Sumpf seiner Agrarpolitik steckengeblieben ist? Der von einer Haushaltskrise in die andere taumelt? Unsere harsche Antwort — nicht zuletzt nach dem Scheitern der Gipfel von Stuttgart und Athen — muss «Nein» lauten. Eingepfercht in unzeitgemässe Verträge, befindet sich die Gemeinschaft in einer politischen Sackgasse. Einen New Deal kann sie weder für Europa noch für den Rest der Welt entwickeln.

Dies sind die — positiven, nicht negativen — Gründe dafür, warum der Gemeinsame Markt einer fundamentalen Revision sowohl seiner Prinzipien als auch seiner Operationsmethoden bedarf. Wir müssen uns einen Überblick verschaffen sowohl über die Grenzen des gegenwärtigen Gemeinschaftsrahmens als auch über den Spielraum für eine grössere genuine Form von europäischer Zusammenarbeit. Wir brauchen einen neuen Anfang — eine Rückkehr zu dem Reissbrett von Forderungen, das von den Parteien und den Menschen in Europa selbst gemacht worden ist.

Einige dieser Punkte sind bereits von Andreas Papandreou hervorgehoben worden. In seiner Rede vor der Strassburger Versammlung im letzten Dezember erklärte er, dass die Zeit für eine «neue Messina-Konferenz» gekommen sei, um «unsere Ideen über die wichtigen Probleme unserer Zeit wieder zu verdeutlichen».

Fast dreissig Jahre nach dem Treffen von Messina, das den Rahmen für die EWG absteckte, dürfte wohl jeder, der über diese Institution, so wie sie sich entwickelt hat, frustriert ist, der ihre Inflexibilität verspürt und sich ihrem Supernationalismus widersetzt, bereit sein, über einen solchen Vorschlag nachzudenken. Eine neue Konferenz müsste so flexibel und weitreichend wie nötig sein, um die Grundlagen für eine genuine Gemeinschaft Europas zu legen, die frei ist von der Marktwirtschaftsphilosophie der Römischen Verträge oder den Direktiven einer Brüsseler Bürokratie. Ich denke, in einem Geist der Besinnung und in dem Versuch, aus dem wirtschaftlichen Grabenkrieg herauszukommen, in den eine unveränderte EWG immer wieder führt, hätte ein neues Messina

diese Entscheidungen zu treffen:

- ob die Verträge von Paris und Rom verworfen, revidiert oder neugefasst und durch eine neue Rahmenordnung für die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzt werden sollen;

- wie die Institutionen Westeuropas (EWG und EFTA) und die Institutionen, die Westeuropa einschliessen (OECD und UN-Wirtschaftskommission für Europa), auf die Bedürfnisse von heute und die Erfordernisse von morgen ausgerichtet werden können;

- wie die europäischen Regierungen und Parlamente aus eigener Kraft die politische Initiative wiedergewinnen können;

- ob alle europäischen Parteien dazu eingeladen werden sollen, Vertreter zu einer Europa-Versammlung zu entsenden;

- ob alle europäischen Regierungen, einschliesslich der gegenwärtig nicht der EG angehörenden, dazu eingeladen werden sollten, sich einem europäischen Rat anzuschliessen, der die von den eigenen Völkern und Parlamenten vorgebrachten Themen auf seine eigene Tagesordnung setzt;

- ob nicht über den Europarat, zu dem nationale Parlamente in ganz Westeuropa gegenwärtig Vertreter entsenden, durch eine neue gesamteuropäische Versammlung hinausgegangen werden sollte.

Wenn der oben skizzierte neue Rahmen für eine internationale europäische Zusammenarbeit auch kurzfristig von Regierungen in einigen Ländern blockiert werden kann und selbst wenn eine neue Messina-Konferenz in unmittelbarer Zukunft unwahrscheinlich ist, so können doch allemal fortschrittliche Parteien und Regierungen den Prozess der Diskussion und Konzipierung der Bedingungen für die wirtschaftliche Wiederbelebung Europas

einleiten, die erreicht werden muss, wenn wir die drängenden Probleme, vor denen unsere Völker und Gesellschaften stehen, bewältigen wollen. Solche fundamentalen Reformen und solche neuen Perspektiven sollten sicherlich auf der Tagesordnung der europäischen Linken stehen, die die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni dieses Jahres zu bestreiten hat.

Nuklearwaffenfreies Europa

Nicht zuletzt muss Europa eine Rolle in der Entspannung und Abrüstung spielen. Von dem Atom-Teststopp-Vertrag der 60er Jahre bis zur UN-Sondersitzung über Abrüstung 1978 schien es vielen, dass die Supermächte sich der Gefahren eines nuklearen Holocaust bewusst geworden und bereit seien, sich vom Abgrund zurückzuziehen. Die Sondersitzung von 1978 unterstrich die Notwendigkeit sowohl der Fortsetzung des Entspannungsprozesses als auch die praktischer Schritte zur Einrichtung nuklearwaffenfreier Zonen. Die Madrider Konferenz der Sozialistischen Internationale 1980 setzte sich das Endziel, Europa selbst zur nuklearwaffenfreien Zone zu machen.

Zur Hoffnung gibt es gegenwärtig weniger Anlass. Wir leben in einem zweiten Kalten Krieg. Die meisten Menschen sind sich der Stationierung von sowjetischen SS 20-Mittelstreckenraketen bewusst. Einige von ihnen erkennen, wie Denis Healey kürzlich im Unterhaus hervorgehoben hat, dass solche landgestützten Raketen allemal aufgewogen werden durch die auf U-Booten stationierten Poseidon-Raketen der Vereinigten Staaten und dass es insgesamt keine Mittelstrecken-«Raketen-Lücke» gibt. Die CIA hat mit kürzlich veröffentlichten «revidierten Zahlen»

selbst den Beweis dafür geliefert, dass es keine solche Raketen-Lücke gibt und dass, wenn überhaupt, die Vereinigten Staaten unter dem Strich eine nukleare Übermacht besitzen. Mittlerweile hat jedoch die Reagan-Administration die Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-Raketen in Europa vorangetrieben. Obwohl immer wieder der frühere SPD-Kanzler Helmut Schmidt mit seiner Rede, in der er ihre Stationierung forderte, in Anspruch genommen wird, so ist doch seinem späteren Eingeständnis, dass er seinerzeit der Bedrohung, die die Pershing-Raketen für die Sowjetunion darstellen würden, unterschätzt habe, weniger Beachtung geschenkt worden.

Es ist US-Politik, Europa in Panik zu versetzen, damit es — unter der Annahme einer sowjetischen nuklearen Überlegenheit — die neue Erstschlagsstrategie akzeptiert. Oder wie Admiral Gene Larocque es formuliert: «Die Amerikaner gehen davon aus, dass der Dritte Weltkrieg in Europa stattfindet, wie schon der Erste Weltkrieg und der Zweite Weltkrieg.»

Die europäischen Länder sollten eine solche Strategie zurückweisen. Es geht nicht darum, die eine oder andere Supermacht für das Wettrüsten verantwortlich zu machen. Es geht darum, ihnen das Recht abzusprechen, den Dritten Weltkrieg von Europa ausgehen zu lassen. Deshalb sollte und wird die nächste Labour-Regierung keine Marschflugkörper und US-Nuklearbasen im Vereinigten Königreich dulden, ebenso wie sie zu einer nicht-nuklearen Verteidigungspolitik übergehen wird. Deshalb werden wir uns auch, so sehr wir ein Einfrieren («Freeze») begrüßen, trotzdem nicht damit abfinden, dass das Einfrieren der Nuklearwaffen auf ihrem gegenwärtigen Stand

irgend etwas anderes sein könnte als ein erster Schritt hin zu der zwischen den Supermächten ausgehandelten nuklearen Abrüstung.

Nuklearwaffen sind eine Bedrohung für die Sicherheit Europas und der Welt, denn ihre Verwendung in jeder Haubitze, in jedem Flugzeug und in jeder Kurz- oder Mittelstreckenrakete senkt die nukleare Hemmschwelle ab. Unsere Politik der nuklearen Abrüstung ist eine Strategie, keine Taktik. Sie wird ein positiver Beitrag zu einem wirklichen Fortschritt in Richtung auf ein nuklearwaffenfreies Europa sein.

Aus diesen Gründen können wir es uns nicht leisten, die Europawahlen im Juni dieses Jahres zu vernachlässigen und die sich dabei bietende Gelegenheit verstreichen zu lassen, gemeinsam mit anderen europäischen Sozialisten, unsere Sache, die Expansion der Volkswirtschaften und die Verringerung der Rüstungen voranzubringen. Gerade weil die Tagesordnung des Gemeinsamen Marktes die falsche Tagesordnung für Europa ist, müssen wir in den bevorstehenden Wahlen kämpfen. Weil wir bereits jetzt eine gemeinsame Politik mit anderen europäischen Parteien und Regierungen — viele von ihnen ausserhalb der EWG — konzipieren, können wir einen Wahlkampf führen, der den Militarismus und das Krisensyndrom durch die rationale und radikale Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Sicherheit und der nuklearen Abrüstung konterkariert.

Europa reformieren

In «Campaigning for a fairer Britain», dem Dokument, das die Jahreskonferenz der Labour Party 1983 beschlossen hat, haben wir erklärt, dass wir an den Europa-Wahlen teilnehmen würden, aber auch grund-

legende Reformen in der Gemeinschaft fordern. Wenn diese nicht erreicht werden könnten, würden wir — wie jede andere Nation — das Recht in Anspruch nehmen, aus der EWG auszutreten. Unsere Forderungen sind:

1. Die gemeinsame Agrarpolitik ist nicht hinnehmbar. Wir brauchen ein neues Subventionssystem, das die britischen Steuerzahler und Verbraucher entlastet und der ungerechten Verteilung der Erträge sowie der dem jetzigen System innewohnenden Vergeudung ein Ende bereitet.

2. Grossbritannien kann sich den andauernden Investitions- und Arbeitsplatzverlust, der in der Mitgliedschaft begründet liegt, nicht leisten, ohne wenigstens eine kompensatorische Verbesserung in unserer Handelsposition zu erhalten.

3. Wirtschaftliche Expansion ist entscheidend. Auch aus der Opposition heraus muss Labour aktiv für eine gesamteuropäische Politik eintreten, die dauerhafte Erholung ermöglicht — für die entwickelten ebenso wie für die Länder der Dritten Welt.

4. Um ökonomische Expansion zu erreichen, muss Europa die Mittel erhalten, um die Finanzen zu mobilisieren, die erforderlich sind, um den Wirtschaftsaufschwung zu verstetigen und für Arbeitsplätze und soziale Sicherheit zu sorgen.

5. Es muss grundlegende Reformen in einem umfassenderen Sinne geben: ein Projekt für eine neue Gemeinschaft — eine neue Messina-Konferenz.

6. Es muss ein Fortschritt in Richtung auf eine europäische nukleare Abrüstung erzielt werden.

Unsere Zukunft wie unsere Vergangenheit und Gegenwart liegt, aus historischen und geographischen Gründen, in Europa. In der EWG wird sie aber künftig nur noch liegen, wenn

sich der Gemeinsame Markt als eine Quelle von spürbarem Wert für das britische Volk erweist. Der Grundgedanke der EWG als einer Organisation, mit der die Demokratien Westeuropas aneinandergebunden und stabilisiert werden sollten, war — und ist — ehrenhaft und begrüssenswert. Aber realistischere Weise können wir eine dauerhafte Mitgliedschaft nur akzeptieren, wenn wir durch sie zumindest keine merklichen materiellen Verluste oder Nachteile erleiden. Das ist der entscheidende Punkt. Wir sagen nicht: «Nimm alles, gib nichts» — das wäre weder plausibel noch vernünftig. Aber es wäre ebensowenig plausibel oder vernünftig, das Prinzip zu akzeptieren: «Gib mehr, nimm weniger.» Insbesondere wenn wir — unter den gegenwärtigen Strukturen und ökonomischen Bedingungen — von einer Situation auszugehen haben, in welcher von uns billigerweise nicht erwartet werden kann, mehr zu geben oder weniger zu nehmen. Unsere Position resultiert nicht aus Nationalismus oder Überheblichkeit. Sie ist die Konsequenz aus den Voraussetzungen des ökonomischen Überlebens unseres Landes: Wenn es uns nicht gelingt, dauerhaft Wachstum und ein vernünftiges Handelsgleichgewicht herzustellen und den Verlust von Arbeitsplätzen und Investitionskapital, unter dem Grossbritannien leidet, zu beenden, können und werden wir keine belastbare, moderne wirtschaftliche Basis haben.

Wir brauchen diese zuverlässige wirtschaftliche Umwelt, weil wir ohne die Schaffung von Wohlstand selbst den elementarsten Erfordernissen der sozialen Fürsorge, der Chancengleichheit und der Gerechtigkeit in Grossbritannien nicht nachkommen können und weil Grossbritannien niemals seinen eigenständigen Beitrag zur

Überwindung des Hungers und der Furcht in der Welt ohne eine funktionierende heimische Wirtschaft leisten kann.

Sozialismus und wirtschaftliche Belebung

Nach Schätzungen der Weltbank sind heute 570 Millionen Menschen unterernährt, 800 Millionen Analphabeten, 1500 Millionen ohne oder mit nicht ausreichender medizinischer Versorgung, und 250 Millionen Kinder besuchen keine Schule. Jedes Jahr verhungern 15 Millionen Kinder. Angesichts dieser erschreckenden Statistiken beläuft sich die offizielle Entwicklungshilfe auf 20 Milliarden Dollar, die Militärausgaben erreichen weltweit über 450 Milliarden Dollar.

In einigen Ländern, einschliesslich Grossbritanniens, hat die industrielle Produktion auf dem Stand von 1981 stagniert, von dem man uns sagte, er sei der Höhepunkt der Rezession. Massenarbeitslosigkeit ist in Europa zur Epidemie geworden. Der Handel stagniert, so wie der ökonomische Wohlstand sinkt. Die Handelsposition der ärmsten Länder verschlechtert sich fortwährend.

Sozialisten akzeptieren nicht die dem europäischen Konservatismus eigene zynische Sichtweise, dass die internationale Rezession ein Leiden sei, das einfach ausgestanden werden müsse, bis es durch fortwährendes Hungern geheilt werde. Wir wissen, dass eine Politik der Erneuerung am besten durch gemeinsame Aktion erreicht werden kann. Die Labour Party arbeitet bereits mit den sozialistischen Parteien Europas innerhalb und ausserhalb der EWG zusammen, um eine gemeinsame Entwicklungsstrategie zu konzipieren. Eine solche gemeinsame Strategie müssen wir auf allen Ebenen erarbeiten. Ich hebe den Aspekt hervor,

dass unsere sozialistische Verpflichtung, die Probleme des Hungers, der internationalen Rezession und der wachsenden internationalen Spannungen zu überwinden, uns auch zur Suche nach einer uns einenden Politik verpflichtet.

Wir müssen die Verzweiflung und den Defaitismus der Deflation mit Erneuerung, Regeneration und Wiederbelebung herausfordern. Wir müssen jede Anstrengungen von Regierungen begrüßen, ihre nationale Wirtschaft wiederzubeleben und ihren Handel auszudehnen. Und so ist es unser Ziel, die Restriktionen der europäischen Institutionen abzubauen, die zur Verfolgung monetaristischer Wirtschaftspolitik auffordern statt zu ökonomischem Wachstum zu ermutigen, die in der Landwirtschaft zu Protektionismus der schlimmsten Art führen und die ungehinderte Bewegungsfreiheit für die schädlichsten Kapitalarten fördern.

Dies sind nicht die Argumente von Bittstellern oder Isolationisten. Sie werden von Sozialisten an andere Sozialisten gerichtet, die erkennen, dass die Ideale der Harmonie und Zusammenarbeit zwischen den Nationen und Gemeinschaften, wenn sie überhaupt von Bestand sein sollen, übersetzt werden müssen in die Realitäten der Arbeitslosigkeit und der Sicherheit. Das ist der Unterschied zwischen religiösem Glauben und politischer Überzeugung. Das Vokabular des Internationalismus wird durch die Sünden des Supernationalismus Lügen gestraft. Durch die EWG, wie wir sie gegenwärtig haben, tragen wir nicht zur Völkerverständigung bei. Wir breiten Feindseligkeiten aus durch Politiken, die — obgleich durch schöne Sonntagsphrasen drapiert — von weit entfernten bürokratischen Institutionen betrieben werden und den Produzenten und Verbrauchern in den Ländern der EWG Nachteile eintragen.

Für uns Sozialisten ist unsere Familie die Menschheit, unser Vaterland ist die Welt. Aber wenn dieser wahre Internationalismus nicht zu neuen Chancen, zu verstärkten Anstrengungen und zu einem neuen Anlauf eingesetzt werden kann, wird es zu einer Revolte der Nationalismen kommen.

Copyright by New Socialist

* «*Square Deal*» («gerechter Handel»): unter diesem Schlagwort stand die Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten Theodore Roosevelt (1901–09); sie beinhaltete eine beschränkte Kontrolle der Grossunternehmen, Reformen des Arbeitsschutzes, Verbraucherschutzes und Massnahmen des Naturschutzes.

** «*New Deal*» («Neuverteilung»): Bezeichnung für die Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt (1933–45); der «*New Deal*» bedeutete eine Abkehr von der liberalen Wirtschaftspolitik zugunsten eines interventionistischen Wirtschafts- und Sozialprogramms und trug wesentlich zur Überwindung der Grossen Depression in den USA bei. Red.